

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 7

Artikel: Das Trujillo-Regime in der Dominikanischen Republik und die politische Lage Lateinamerikas
Autor: Fölsche, Ludwig
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337118>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

LUDWIG FÖLSCHE

Das Trujillo-Regime in der Dominikanischen Republik und die politische Lage Lateinamerikas

Die Dominikanische Republik in Westindien ist mit einer Fläche von 48 711 Quadratkilometern etwas größer als die Schweiz. Sie zählt ungefähr 2¹/₂ Millionen Einwohner. Unter den Freiheitshelden Duarte, Sánchez und Mella errang sie 1844 ihre Unabhängigkeit von Haiti. Danach schlossen die bewegten Schicksale des 1492 von Kolumbus entdeckten, schönen, fruchtbaren und klimatisch angenehmen Landes 1861 bis 1865 eine vorübergehende Wiedervereinigung mit Spanien ein, 1869 den vom amerikanischen Senat abgelehnten Versuch eines Anschlusses an die USA und 1916 bis 1924 die Besetzung durch den amerikanischen Imperialismus. Die amerikanische Marineinfanterie bildete eine neue dominikanische Armee aus, in der General Rafael Leonidas Trujillo eine führende Stellung bekleidete, nachdem er es verstanden hatte, sich der amerikanischen Militärregierung der Besetzungszeit als Zuträger unentbehrlich zu machen und ein Vertrauensmann Amerikas zu werden. Im Februar 1930 stürzte ein Militärputsch die rechtmäßige Regierung. Am 16. Mai 1930 ließ Trujillo sich zum Präsidenten «wählen» und hält seitdem die tatsächliche Macht, wenngleich heute sein Bruder Hector als Präsident amtiert.

Generalissimus Dr. Rafael L. Trujillo Molina, Wohltäter und Vater des Neuen Vaterlandes – dies der offizielle Titel des einst wegen Eigentumsvergehens Verurteilten –, hat eine Dynastie geschaffen, die das Land politisch und weitgehend auch wirtschaftlich beherrscht. Die Mitglieder seiner Familie erhielten Schlüsselstellungen. Erheblich ist der Machtapparat: 25 000 Mann stehen ständig unter den Waffen; und es fehlt nicht an Tanks, Bombern, 50 Düsenflugzeugen, 19 Marinefregatten. Sonderprivilegien und ein raffiniertes Spitzelsystem haben bisher die Treue der Armee gewährleistet; und die mit ihr eng verknüpfte Polizei steht der Gestapo Himmlers nicht nach. In den Straßen der Hauptstadt Ciudad Trujillo (= «Stadt Trujillos», früher Santo Domingo) wimmelt es von Militär.

Es ist nichts Neues, daß Diktatoren sich bereichern; aber Trujillo konzentriert als Kapitalist Nummer eins seines Landes wichtige Wirtschaftssektoren

in seinem bzw. seiner Familie Besitz; und diese Personalunion zwischen Diktatur und Kapital ist schon seltener. Bestechung und Erpressung häuften Batistas Vermögen, als er in Kuba regierte; Trujillo hingegen hat sich gewissermaßen «organisch» in die dominikanische Industrie sowie in den Handel eingebaut – von der Zuckererzeugung und dem Salzbergbau bis zum Monopol des Fleischgroßhandels in der Hauptstadt. Nur drei von vierzehn Zuckerzentralen stehen außerhalb des Trujillo-Trusts, davon gehören zwei einer zu seinen Anhängern rechnenden Millionärsfamilie, die dritte einer amerikanischen Gesellschaft.

Der Byzantinismus auf Befehl von oben hat unter dem Generalissimus einen Grad erreicht, der die Goebbels-Propaganda der Nazis hinter sich läßt und eher mit dem früheren Stalinkult in der Sowjetunion verglichen werden kann. So heißt der höchste Berg Pico Trujillo; mehrere Städte und Provinzen wurden nicht nur nach dem Diktator, sondern auch nach seinen Verwandten genannt – und gar eine Zigarettenmarke «Benefactor» (Wohltäter) getauft! Um seinen guten Ruf in den USA zu untermauern, inszenierte der «Wohltäter» vor rund zehn Jahren die pseudodemokratische Komödie einer legalen Opposition, zu der sich etliche Stalinisten und einige politisch ahnungslose Elemente hergaben. Das Volk wählte ein paar Oppositionelle ins Parlament und begann, Trujillos scheindemokratisches Spiel zu Demonstrationen gegen die Regierung zu benutzen, worauf der Generalissimus die Opposition prompt verbot. Seitdem ist wieder seine «Dominikanische Politische Partei» die einzig erlaubte. Es gibt weder eine freie Presse noch freie Gewerkschaften.

Der politische Mord gehört zu den Lieblingsmethoden der Diktatur. Ihre Folterkeller entsprechen denen der Gestapo oder der stalinistischen NKVD. Trujillos Schergen sind nicht nur pausenlos auf dominikanischem Boden tätig, sondern auch im Ausland. Unter anderen wurden folgende prominente Anti-Trujillisten gemeuchelt: Sergio Bencosme (1935 in Neuyork), Andres Requena (1952 in Neuyork), Manuel de Jesus Hernandez (1955 in Kuba). Der dominikanische Arbeiterführer Mauricio Baez wurde 1950 aus Kuba entführt und vermutlich getötet. Der freiheitliche Staatsmann Dr. Rafael Estrella Ureña wurde in Santo Domingo unter dem Deckmantel einer chirurgischen Operation umgebracht (ähnlich wohl Maxim Gorkij in Rußland unter Stalin). Ein gegen den im Exil aktiven, hochangesehenen (inzwischen verstorbenen) früheren Diplomaten Dr. Angel Morales gerichteter Attentatsversuch schlug fehl, ebenso mehr als dreißig Anschläge auf das Leben von Nicolas Silfa, dem Vertreter der Revolutionären Dominikanischen Partei (RPD) in Neuyork, der jedes Mal von der Untergrundbewegung in Santo Domingo gewarnt werden konnte. Weltweite Aufmerksamkeit erregte der Fall von Dr. Jesus de Galíndez, einem Mitglied der baskischen Exilregierung, Professor an der Neuyorker Columbia-Universität und Gegner Francos, Trujillos und aller anderen Diktatoren, der ein Buch mit Enthüllungen über Trujillo und seine Familie verfaßt

hatte und am 12. März 1956 in Neuyork verschwand. Nachforschungen bestätigten den Verdacht, er sei in die Dominikanische Republik entführt worden. Sicherlich wurde seinem Leben ein Ende bereitet. Auch der amerikanische Flieger Lester Murphy, ein Komplize und Zeuge der Entführung, wurde dort bald beseitigt. Freilich schadete sich Trujillo mit der Entführung Galíndez'; denn sie unterstrich das von Galíndez über den Diktator Gesagte aufs dramatischste. Die Zeitschriften «Life» und «The Nation», die Zeitung «New York Post», der amerikanische Sozialist Norman Thomas, der Abgeordnete Porter (von Oregon) und mehrere Organisationen halfen, die amerikanische Öffentlichkeit über den Fall Galíndez und das Trujillo-Regime aufzuklären.

Es gibt in der Dominikanischen Republik Konzentrationslager und Sklavenarbeit. Eine Untersuchung durch den Bund Freier Gewerkschaften stellte zum Beispiel 599 Zwangsarbeiter im Betrieb «Sisal Dominicana S. A.» fest. «Arbeitserziehung» nennt die Regierung das – wie ehemals die Nazis und heute die chinesischen Kommunisten. Terror und Einschüchterung sind Bestandteile aller Diktaturen, erklären allein aber noch nicht die nunmehr 29 Jahre der Ära Trujillo. Die Dominikanische Republik besitzt zwar demokratische Traditionen, die auf den Freiheitskampf und die Verfassung von 1844 zurückgehen; aber ähnlich wie die meisten Länder Osteuropas wies sie aus wirtschaftlich-sozialen Gründen kein anhaltendes demokratisches Leben auf und erlitt demütigende Fremdherrschaft, so daß nach Trujillos Macht ergreifung der Verlust der Demokratie weniger empfindlich verspürt wurde, da man sie nur in mehr oder minder entstellter Form gekannt. Und ist auch der durchschnittliche Lebensstandard heute noch sehr niedrig, wenn man ihn etwa mit dem des Nachbarn Puerto Ricos* vergleicht, so kannten viele Dominikaner vorher noch bitterere Not. Die Jüngeren sind ohnehin unter dem «Wohltäter» aufgewachsen und kennen nichts anderes. Die osteuropäischen Diktaturen verfügen zum Teil über andere Hilfsmittel und brauchen vor allem bei ihrer Wirtschaftsplanung keine Rücksicht auf Interessen des Privatkapitals zu nehmen. Aber auch der «Wohltäter» hat einige wirtschaftliche und soziale Fortschritte bewirkt; er hat die 1930 in einem Wirbelsturm verwüstete Hauptstadt als prächtige Gartenstadt neu errichtet (in diesem Sinne tatsächlich als «Stadt Trujillos»), durch den Bau von Luxushotels und Straßen den Fremdenverkehr ermöglicht, musterhafte Sauberkeit eingeführt, die Volksgesundheit gehoben, den Staat völlig von seiner Schuldenlast befreit, die Währung dem Dollar gleichgesetzt und 1940 die Hoheit über die bis dahin an Amerika verpfändeten Zölle wiedererlangt. Daher die Gefolgschaft des Regimes.

Erwähnung verdient auch Trujillos Flüchtlingspolitik: In der Hitlerzeit bot er 100 000 religiös, rassisch und politisch Verfolgten ein Asyl an. Das galt zum Beispiel für deutsche Juden wie für spanische Republikaner, ebenso 1956

* Ungefähreres jährliches Durchschnittseinkommen in Dollar pro Kopf der Bevölkerung: Puerto Rico 443, Kuba 347, Jamaika 252, Dominikanische Republik 219, Haiti 98.

für die Ungarn. Es machten nicht allzu viele davon Gebrauch; aber wer sich meldete, durfte einwandern. – Der Generalissimus wird uneingeschränkt von der katholischen Kirche unterstützt; der Katholizismus ist Staatsreligion; trotzdem besteht im Gegensatz zu Franco-Spanien Freiheit für andere Glaubensbekenntnisse. Sosúa bei Puerto Plata ist eine Siedlung jüdischer Einwanderer. Natürlich hat der Flüchtlingsfreund Trujillo die Vorteile seines Staates im Sinn: Fachleute aller Art sind nützlich; ferner liegt ihm an einer Vermehrung der weißen Bevölkerung, da 70 Prozent der Einwohner Mulatten und Neger sind. Was auch immer seine Gründe – andere Länder hätten gleichfalls Nutzen aus europäischen Flüchtlingen zu ziehen vermocht und sträubten sich in den Jahren der tödlichen Judenverfolgung Hitlers dennoch dagegen. Schwachbevölkerte, reiche Demokratien wie Kanada mußten sich vom Diktator der kleinen, armen Dominikanischen Republik beschämen lassen . . . !

All das entschuldigt nie und nimmer die Tyrannei und die Verbrechen Trujillos. Man sollte indes begreifen, daß der «Wohltäter» schon infolge seiner Absicht, die Herrschaft seiner Dynastie zu sichern, darauf bedacht ist, nicht bloß negativ zu wirken, sondern gründlicher und dauerhafter als Franco (den er 1955 besuchte) oder Batista (von dem er sich immer distanziert hat, obgleich er ihm Asyl gewährte und seine Umtriebe unterstützt). Aber er versucht, die Probleme von heute mit Methoden von gestern im Rahmen einer im Grunde noch halbkolonialen Wirtschaft zu lösen. Die Entwürdigung des Menschen durch die Diktatur, die Stagnierung des Kulturlebens, ein lärmender und kostspieliger Nationalismus und Militarismus, der am 2. Oktober 1937 im Grenzgebiet zur Massakrierung von 15 000 Haitianern, später fast zu einem Angriff auf Haiti und zu Unstimmigkeiten mit anderen lateinamerikanischen Staaten führte, Monopole (zum Beispiel sein Familientrust oder das Bananenreich der amerikanischen United Fruit Company), Überausbeutung mit Tageslöhnen von einem Dollar auf dem Lande, eine Arbeitswoche von 48 Stunden widerlegen die Behauptungen der Regierungspropaganda, die Dominikanische Republik sei «eines der fortschrittlichsten Länder der Erde» (!). Trujillos «Arbeiter-Kodex» proklamiert zwar das Streikrecht, streicht es aber faktisch in den Zusatzbestimmungen.* Das Zurückbleiben der Einfuhr (etwa 82 Millionen Dollar) hinter der Ausfuhr (etwa 120 Millionen Dollar) beruht vor allem darauf, daß der durchschnittliche Dominikaner sich viele im Ausland hergestellte Gebrauchsfabrikate gar nicht leisten kann.

Gleich der Mehrzahl lateinamerikanischer Länder beliefert die Dominikanische Republik den Weltmarkt mit Landwirtschaftserzeugnissen, wie Zucker, Kakao, Bananen, und mit Rohstoffen, wie zum Beispiel Edelhölzern. Abgesehen von den Zuckerfabriken, ist die Industrie bescheiden entwickelt und versorgt mehr den einheimischen Markt. Wie zum Beispiel die brasilianische

* Trotzdem streikten die Arbeiter 1944 in La Romana, San Pedro de Macorís, Santiago de los Caballeros; 1948 in Cayo Confites und Luperón.

Wirtschaft vom Kaffee, hängt die dominikanische nach wie vor hauptsächlich vom Zucker und dem damit erzielten Preise ab. Eine solche Abhängigkeit von einem Hauptprodukt macht die Wirtschaft doppelt verletzlich. Ausländisches (vorwiegend amerikanisches) und einheimisches Kapital teilen sich in Besitz und Profite. Trotz dem Trujillo-Trust ist das amerikanische Eigentum in Santo Domingo beträchtlich.

Je nach ihrer Stärke ringt in Lateinamerika die einheimische Unternehmerklasse um Anerkennung als gleichberechtigter oder Juniorpartner des amerikanischen Kapitals. Je kräftiger sie herangewachsen, desto mehr macht sie ihre Ansprüche geltend. Das Perón-Regime in Argentinien war der schärfste Ausdruck dieser «antiimperialistischen» Tendenz. Trujillo betont, er habe sein Land von der Verknächtung durch das ausländische Kapital befreit und statt dessen eine Partnerschaft eingerichtet. Der dominikanische Partner sucht seine Wirtschaftsposition zu festigen und klagt: «Wir sind die treuesten Freunde der Vereinigten Staaten, die Garanten des Antikommunismus in Westindien; aber Amerika behandelt uns unfair und kauft von uns zuwenig Zucker.»

In den meisten Staaten Lateinamerikas steht eine dünne Oberschicht einer proletarischen, oft unvorstellbar armen Bevölkerung gegenüber. Der schwach entfaltete Mittelstand spielt eine viel geringere Rolle als in Europa oder Nordamerika. Es bedürfte einer Industrialisierung, um den Lebensstandard entscheidend zu heben; aber weder die herrschende Klasse dieser Agrarländer noch die ausländischen Gesellschaften, denen es beiden auf billigere Arbeitskräfte und eine hohe Profitrate des Kapitals ankommt, sind daran interessiert. Kein Wunder, daß die seit 150 Jahren in Lateinamerika regen demokratischen Bestrebungen immer wieder von Militärverschwörungen und Diktaturen besiegt wurden: Armut begünstigt die Bestechlichkeit; und überhaupt fehlte jene materielle Grundlage, ohne welche die Demokratie kaum zu gedeihen vermag, ein gewisses Entwicklungsminimum von Wirtschaft, sozialen Bedingungen und Volksbildung.

Die Diktatoren überzeugten die Oberklasse und die ausländischen Kapitalisten, sie seien ein Schutz gegen soziale Umwälzungen. Nachdem Präsident Franklin D. Roosevelt einen Verzicht auf direkte militärische Interventionen in Lateinamerika verkündete, suchten die Vereinigten Staaten, diese gewaltige Rohstoff- und Agrarzone als eine Art Halbkolonie ihres Wirtschaftsimperiums zu wahren, indem sie dortigen Diktatoren erst recht mit diplomatischen Mitteln und Militärmissionen und Waffen halfen. Es traten wohl Varianten und Abweichungen von diesem Schema auf; aber der für die Lage in Mittel- und Südamerika hauptsächlich bestimmende Faktor war die so verhaßte Zusammenarbeit zwischen den USA und den Beauftragten der einheimischen Oberschicht. Daneben hatten die Auseinandersetzungen zwischen den letzteren und ihrem amerikanischen Seniorpartner zweitrangige Bedeutung.

Auch für die Trujillo-Diktatur gilt im wesentlichen das Schema, obgleich der Generalissimus die alte dominikanische Patrizierklasse zu zerschlagen trachtete und eine neue Oberschicht in den Sattel hob, in der er und seine Familie die fettesten Pfründe einheimsten, und ungeachtet seiner wirtschaftlichen und sozialen Aktionen, die trotz allen Änderungen die bestehende Ordnung nicht sprengten, sie vielmehr stärken und Ausbrüchen der Unzufriedenheit vorbeugen sollten. Und so meinte man in amerikanischen Regierungs- und Unternehmerkreisen: «Trujillo sorgt für Ordnung. Unter ihm sind unsere Investitionen in der Dominikanischen Republik gut behütet.» – Trujillos hitziger Nationalismus störte sie wenig.

Die Diktaturen in Lateinamerika haben mit dem Faschismus und mit den moskowitzischen Diktaturen in Osteuropa die Abschaffung der Freiheitsrechte gemeinsam, die Polizeiwillkür, die Beseitigung der Gewerkschaftsfreiheit und Bildung von Regierungsgewerkschaften, die Grausamkeiten, politischen Morde und Konzentrationslager. Andererseits ist die wirtschaftlich-soziale Grundlage verschieden von der des Ostblocks; die kommunistischen Diktaturen treiben die Industrialisierung voran, die lateinamerikanischen kaum. Vom Faschismus weichen sie darin ab, daß man in Lateinamerika kein breites Kleinbürgertum im Dienste des Kapitals gegen die Arbeiterorganisationen mobilisieren kann und die dortigen Diktaturen im Gegensatz sowohl zum Faschismus wie zum Stalinismus keine eigene Ideologie besitzen außer Nationalismus und Führerverherrlichung. Am nächsten kam dem Faschismus wohl das Perón-Regime in Argentinien, das zwar nicht den Mittelstand gegen die Arbeiter, aber die «Descamisados», die ungelerten, «hemdlosen» Arbeiter gegen die gelernten, freiheitlich organisierten ausspielte.

Unsere Zeit hat indes in Lateinamerika eine neue demokratische Welle gebracht. Mexiko erlebte derartiges schon in den dreißiger Jahren; doch erst die fünfziger Jahre ließen in einem Großteil des übrigen Lateinamerika unter dem Eindruck der Weltbewegung gegen kolonialistische Ausbeutung und Unterdrückung eine Freiheitsströmung anschwellen, die im Gegensatz zum früheren lateinamerikanischen Liberalismus eine wirtschaftlich-soziale Umgestaltung als notwendige Voraussetzung politischer Demokratie zu begreifen beginnt und verlangt, man dürfe es nicht mehr bei unerfüllten Versprechungen korrupter oder schwacher Politiker bewenden lassen. Die Vertreibung der sozial fortschrittlichen Regierung Arbenz in Guatemala durch einen von den USA geförderten Aufstand konnte diesen Drang des erwachenden Lateinamerika nicht hemmen. Genannt sei zunächst die von José Figueres geprägte Reformregierung in Costa Rica. Ein Diktator purzelte nach dem anderen: 1955 Perón in Argentinien, 1956 Magloire in Haiti (wo allerdings noch keine wirkliche Demokratie besteht), 1957 Rojas Pinilla in Kolumbien, 1958 Pérez Jiménez in Venezuela und zum Neujahr 1959 Batista in Kuba. Die kubanische Revolution wirkt am einschneidendsten, weil sie als echte Volksbewegung die

Armee brach und sie durch ein Volksheer ersetzte, den Staatsapparat erneuert und durchgreifende Sozialreformen ankündigt. Sie mußte Washington endlich von der Sinnlosigkeit seiner diktaturfreundlichen Lateinamerikapolitik überzeugen, nachdem die Kundgebungen gegen Vizepräsident Nixon bei seiner Südamerikareise 1958 schon beredt darauf hinwiesen.

Die Diktaturen existieren noch in Santo Domingo, in Paraguay, ferner in Nicaragua und Haiti. In den drei letzteren Staaten kam es in den vergangenen Monaten wiederholt zu Unruhen. Und die dominikanischen Trujillo-Gegner im Auslande rechnen mit der Freiwerdung ihrer Heimat in naher Zukunft. Tatsächlich finden nunmehr an mehreren Punkten der Republik Partisanenkämpfe unter der Leitung von Enrique Jiménez Moya gegen Trujillos Armee statt. Aber mit dem Sturz der Diktatoren ist es noch nicht getan: Gelangt man nicht aus den halbkolonialen Zuständen heraus zu Landreformen und planmäßiger Industrialisierung, zum großzügigen Ausbau des Schul- und Gesundheitswesens, dann steht die junge Demokratie auf schwankenden Füßen und ist in Gefahr, wieder gewissenlosen Demagogen und neuen Diktaturanwärttern anheimzufallen. Daher die Spannungen zum Beispiel in Argentinien, wo Arbeiter und Studenten eine kühnere Sozialpolitik fordern. Daher die vorsichtige, aber unerschrockene Reformpolitik Dr. Fidel Castros in Kuba trotz allen amerikanischen Protesten. Daher die Grundsätze sozialer Reform im Programm der Revolutionären Dominikanischen Partei, deren Leiter das dominikanische Volk vor jener Art von Exilpolitikern und Gruppen warnen, denen es auf die Verteilung der Ministerposten nach Trujillos Sturz ankommt, nicht auf den Neubau von Staat und Wirtschaft, der dann für das Volkswohl mit zäher Anstrengung unternommen werden muß.

Fraglos ist amerikanische Opposition gegen jede Enteignung amerikanischer Monopolgesellschaften in Lateinamerika unvermeidlich. Bei jeder Gefährdung der lateinamerikanischen Revolution sollte die internationale freie Arbeiterbewegung ihre eindeutige Solidarität mit den Arbeitern und Kleinbauern Lateinamerikas bekunden. Washington ist durchaus nicht gleichgültig gegenüber der öffentlichen Meinung in den mit Amerika verbündeten oder neutralen Ländern. Zum Aufrütteln der über Lateinamerika noch immer ungenügend informierten Weltmeinung muß eine Einheitsfront und enge Zusammenarbeit der fortschrittlichen Regierungen Mittel- und Südamerikas kommen, die ihnen bei Verhandlungen mit den USA ein anderes Gewicht verleihen würde. Und später wird die Frage einer lateinamerikanischen Föderation zu prüfen sein, deren Mitgliedstaaten – bei aller Selbständigkeit in inneren Angelegenheiten und demokratischer Selbstverwaltung, bei aller Pflege nationaler Eigentümlichkeiten und Traditionen – durch eine einheitliche Planwirtschaft, durch Schaffung einer lateinamerikanischen Wirtschaftsorganisation die Aufgaben der Finanzierung, der Industrialisierung, des Vertriebes und der radikalen Erhöhung des Lebensstandards, der Mehrung der

Lebensmöglichkeiten weit befriedigender lösen könnten als im Zeichen des Nationalismus. Lateinamerikas Bodenschätze werden bis jetzt kaum genutzt. Seine Kinder ermangeln der Schulen und der Schuhe. Bei den echten Patrioten – auch bei solchen, die sich nicht als Sozialisten bezeichnen – spürt man mehr und mehr den Einfluß von Gedanken des demokratischen Sozialismus, der den Weg zur Überwindung des Großgrundbesitzes und der ausländischen Monopole, zum planmäßigen Wirtschaftsaufbau, zur wirtschaftlichen und politischen Volksherrschaft, zu einem freieren, schöneren, menschenwürdigeren Leben für alle weist.

Der wohl bedeutendste Staatsmann des heutigen Lateinamerikas, Gouverneur Luis Muñoz Marín von Puerto Rico, legt unermüdlich dar, daß es über die engen Begriffe des Nationalismus hinauszugehen gilt. Seit Jahren hat Muñoz Marín die amerikanische Hilfe an Diktaturen bekämpft und die lateinamerikanische Freiheitsbewegung ermutigt. Puerto Rico war bis 1948 eine verarmte Landwirtschaftskolonie der Vereinigten Staaten; seither ist es ein mit ihnen freiwillig verbundenes, autonomes und demokratisches Land amerikanischer Staatsbürger spanischer Kultur, dessen phänomenaler Aufschwung von Vertretern unterentwickelter Länder eifrig studiert wird. Unter Muñoz Marín wurde ein Industrialisierungsprogramm verwirklicht, das bereits zur Eröffnung von 550 Fabriken auf der an sich äußerst rohstoffarmen Insel geführt hat. Der durchschnittliche Lebensstandard ist doppelt so hoch wie 1940; die durchschnittliche Lebensdauer stieg von 46 Jahren im Jahr 1940 auf 68 Jahre im Jahr 1955. Puerto Rico, ein Mittler zwischen Nord- und Südamerika und Schrittmacher der lateinamerikanischen Welt, beweist, wie mit demokratischen Methoden und einer sozial gesinnten Wirtschaftspolitik bei Eingliederung in einen ausgedehnten Wirtschaftsraum ohne Aufgeben spezifischer Belange, eigener Wesensart und einer Eigenstaatlichkeit bedeutend positivere Ergebnisse erzielt werden können als unter Trujillo und anderen Diktatoren sogenannter unabhängiger, tatsächlich aber von in- und ausländischen Monopolen abhängigen Nationen. Damit sei nicht gesagt, das dominikanische oder irgendein anderes lateinamerikanisches Volk solle sich den USA anschließen. Die Verbindung mit den USA entspringt der besonderen Geschichte und den Gegebenheiten Puerto Ricos. Aber das portorikanische Beispiel zeigt, daß sich die kapitalschwachen Länder Lateinamerikas bei der Entwicklung ihres Wirtschaftspotentials nicht durch ein formelles Konzept «uneingeschränkter» Unabhängigkeit gegen die Angliederung an größere Wirtschaftsräume und Märkte versteifen dürfen und daß die USA bei einer Industrialisierung Lateinamerikas nicht nur den Verlust alter Vorrechte, sondern den Gewinn neuer Handelsgelegenheiten und infolge wachsender Kaufkraft der Massen eine stärkere, nicht etwa eine geringere Nachfrage nach amerikanischen Fabrikaten verzeichnen werden.

Es ist nicht erstaunlich, daß eine Reihe von Persönlichkeiten die Ver-

leihung des Friedens-Nobelpreises an Gouverneur Muñoz Marín befürwortet. Es wäre eine Ermutigung für die Sache der Freiheit und des sozialen Vormarsches, eine verdiente Anerkennung für einen wahrhaften Wohltäter seines Volkes. Und es ist auch nicht erstaunlich, daß Trujillos Presse und sein mächtiger Rundfunksender «La Voz Dominicana» (Die dominikanische Stimme) wütend gegen Muñoz Marín und Castro hetzen. Lateinamerikas demokratische Revolution isoliert den Generalissimus. Das Regime wird nervös. Der Aufbruch Lateinamerikas, der Erfolg der Demokratie in Puerto Rico verurteilen es.

Juni 1959.

J. W. BRUEGEL

In Polen wird weiterlaviert

Die Ergebnisse des Warschauer Parteitages

Seit dem Oktober 1956, der Wladyslaw Gomulka, 1949 als bourgeoiser Nationalist, Titoist und Agent der Wall Street verdammt und in den Kerker geworfen, in Polen zurück an die Macht brachte, ist viel Wasser die Weichsel hinuntergeflossen. Die dramatischen Auseinandersetzungen, die es damals mit dem aus Moskau herbeigeeilten *Chruschtschow* gab, sind verhallt. Manches von den Errungenschaften des «glorreichen Oktober» ist wieder verschwunden. Aber deswegen kann man doch nicht sagen, daß das polnische Volk um *alle* Früchte seiner Auflehnung gegen das Moskauer Diktat betrogen wurde. Licht und Schatten der polnischen Entwicklung kamen wieder klar zutage, als Mitte März nach wiederholter Verschiebung der Parteitag der polnischen Kommunisten in Warschau abgehalten wurde – der erste seit 1954, also seit den grundlegenden Änderungen, die in der Zwischenzeit vor sich gegangen sind.

Zwischen Polen und den übrigen Satellitenstaaten hat es aber schon immer nicht unwichtige Unterschiede gegeben. Gomulka und viele seiner Freunde hatten alle Scheußlichkeiten eines kommunistischen Kerkers über sich ergehen lassen müssen, aber es hat in Polen kein Todesurteil gegeben. (Gomulka hätte zwar der Prozeß gemacht werden sollen, doch Stalins Tod hat dessen Verhinderung erleichtert.) Polnische Kommunisten geben dafür einen zwar plausiblen, aber wenig partei-orthodoxen Grund: «Polen ist durch 150 Jahre von Rußland beherrscht worden. Darum wird kein Pole einen andern Rußland zuliebe umbringen.» Das wird geflüstert, aber nach außen hin wird natürlich die «unverbrüchliche Solidarität» mit der Sowjetunion immer wieder betont. Lange hat sich Gomulka geweigert, den im Ritual vor-